Berlin, 4. September 2006

Das geht besser. Aber nicht von allein

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften - also auch die Gewerkschaft der Polizei -rufen für den 21. Oktober 2006 zu Demonstrationen in den Städten Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt auf.

Grund sind die von der Bundesregierung geplanten Verschlechterungen im Sozial- und Steuerrecht. Es ist besonders wichtig, dass auch unsere Kolleginnen und Kollegen Flagge zeigen und anden Aktionen teilnehmen. Von vielen geplanten Änderungen sind sie entweder direkt betroffen oder spätestens bei der „wirkungsgleichen Übertragung" der getroffenen Maßnahmen auf den Beamtenbereich.

Geplant oder schon beschlossen sind:

> Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um drei Punkte auf 19% zum 1. Januar 2007

> Das Steueränderungsgesetz 2007:
-Reduzierung der Pendlerpauschale
- Halbierung des Sparerfreibetrages -Beschränkung de Kindergeldfreibetrages für studierende Kinder auf das 25. Lebensjahr

> Das Renteneintrittsalter wird über eine Rentenreform von bisher 65 auf das 67. Lebensjahr heraufgesetzt. Damit gerät auch die besondere Altersgrenze in der Polizei in Gefahr und das Versorgungsniveau wird wie im Rentenrecht weiter abgesenkt werden.

> Die Gesundheitsreform belastet Tarifbeschäftigte und Rentner ab 1. Januar 2007 mit Beitragssatzsteigerungen zu ihrer gesetzlichen Krankenversicherung. Es ist zu erwarten, dass die privaten Krankenversicherungen nachziehen werden. Bestehende Verträge von Privatversicherten sollen in einen Basis- und Zusatztarif umgestellt werden. Das kann Beitragssteigerungen von über 30 v.H. bedeuten. Der Weg zur Übertragung auf die Beihilfe ist nicht weit. Das gilt auch für die geplante jährliche Selbstbeteiligung von 1200 €.

Insgesamt werden die Reformvorhaben des Herbstes 2006 die Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigte, Versorgungsempfänger sowie Rentner massiv belasten.

Und dann noch:

> Die beschlossene Föderalismusreform.> Die Unternehmenssteuerreform: Steuergeschenke in Höhe von fünf Milliarden €!> Abbau des Kündigungsschutz > Reduzierung der Mitbestimmung > Fehlende Ausbildungsplätze. > Reform Pflegeversicherung (nurverschoben!)

Gründe genug, sich an den geplanten Aktionen zu beteiligen! Die Herbstaktivitäten werden übrigens auch über den 21.Oktober 2006 hinausgehen, der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden die Gesetzgebungsverfahren nicht nur formal begleiten.

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstraße 4, 10555 Berlin